

Antrag

der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Horst Meierhofer, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Birma/Myanmar stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die blutige Niederschlagung friedlicher Proteste in Birma/Myanmar im Jahre 1988 bildete den Ausgangspunkt für die Herrschaft des bis heute an der Macht befindlichen Militärregimes und markiert zugleich den Beginn des demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Verfalls von Birma/Myanmar.

Fast alle wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Indikatoren zeugen heute vom Niedergang des Landes, der im Gegensatz steht zu einer einmaligen kulturellen Tradition, zu einer ehemals festen wirtschaftlichen Stabilität als Kornkammer Südasiens und zu hoffnungsvollen Ansätzen im Bereich des Bildungs- und Hochschulwesens.

Seit der Etablierung der Militärdiktatur im Jahre 1988 weist Birma/Myanmar eine Inflationsrate von jährlich 30 bis 40 Prozent auf, bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum von lediglich 2 bis 4 Prozent. Entsprechend ist das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten Jahren weiter gesunken, während die Armut im Lande weiter zunimmt. Eine negative Außenhandelsbilanz bei einem auf über 50 Prozent des Gesamthaushalts angewachsenen Anteil an Ausgaben für das Militär belastet die wenigen verbliebenen sozialen Sicherungssysteme des Landes.

Die Menschenrechtslage in Birma/Myanmar ist desaströs. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern durch militärisch kontrollierte Unternehmen, meist aus den Reihen ethnischer Minderheiten und oppositioneller Gruppen, sind an der Tagesordnung. Laut Amnesty International befinden sich derzeit rund 1 100 politisch verfolgte Personen in Haft, darunter auch eine Reihe von

Parlamentsabgeordneten. Unter unmenschlichen Haftbedingungen sind Folter und Todesfälle weit verbreitet. Militärisch geht das Regime gegen Aufständische vor, wobei hierbei immer wieder vom Einsatz von Kindersoldaten auf beiden Seiten berichtet wird. Öffentliche Sicherheit kann nur durch die permanente Androhung und Anwendung von Gewalt sichergestellt werden. Internationale Hilfsorganisationen werden in ihrer Arbeit regelmäßig behindert und eingeschüchtert.

Das Militärregime zeigt sich weit davon entfernt, einen Prozess rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen ernsthaft einzuleiten. Die Verhandlungen über eine neue Verfassung scheinen – obwohl sie ohne Beteiligung oppositioneller Gruppen stattfinden – zu scheitern. Im Bertelsmann Transformations Index wird Birma/Myanmar auf Platz 113 von 119 Staaten geführt. In der „Rangliste der Pressefreiheit“ von Reporter ohne Grenzen belegt Birma/Myanmar einen unrühmlichen 164. Platz von 168 Staaten.

Hoffnungen, der Beitritt Birma/Myanmars zur ASEAN könnte eine Entwicklung aus der Isolation des Landes einleiten und als Signal für eine neue Reformbereitschaft gewertet werden, haben sich leider nicht erfüllt. Auch ASEAN-Mitglieder haben sich in der Vergangenheit kritisch über die Lage in Birma/Myanmar geäußert und sehen die Gefahr, dass dies dem Ansehen der ASEAN insgesamt schaden könnte. Dieser Effekt verstärkt sich seit 2003, weil politische Hardliner in Birma/Myanmar ihren Einfluss im Lande verstärken konnten.

Symbolfigur der demokratischen Opposition ist die Trägerin des Friedensnobelpreises des Jahres 1991, die ehemalige Parteivorsitzende der National League for Democracy (NLD) Aung San Suu Kyi. Ihr unablässiges Eintreten für eine friedliche Demokratisierung Birma/Myanmars bezahlt sie seit Jahren fast ohne Unterbrechung mit dem Preis der persönlichen Freiheitsberaubung durch das Militärregime, die ihren Hausarrest jüngst wieder verlängert hat. Der Deutsche Bundestag erklärt seinen großen Respekt, seine Wertschätzung und seine Solidarität mit Aung San Suu Kyi.

Von der desaströsen innenpolitischen Situation versucht das Militärregime durch eine zunehmend aggressive Haltung gegenüber dem Nachbarland Thailand abzulenken. Die Situation von Flüchtlingen und Wanderarbeitern wird mit fremdenfeindlicher Propaganda instrumentalisiert. Die gleichzeitige militärische Aufrüstung des Regimes, das inzwischen 400 000 Soldaten unter Waffen zählt und durch Waffenlieferungen aus China und Indien unterstützt wird, ist in diesem Zusammenhang besonders besorgniserregend. Es besteht die Gefahr, dass sich Birma/Myanmar zu einem Faktor der Destabilisierung in der Region entwickelt.

2. Die heutige Europäische Union reagierte erstmals 1996 mit Sanktionen auf die Entwicklung in Birma/Myanmar. Diese wurden durch den Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union im Jahre 2003 abgelöst und zuletzt im April 2007 wieder um ein Jahr verlängert.

Dieser Gemeinsame Standpunkt beinhaltet neben einem Waffenembargo insbesondere persönliche Sanktionen in Form von Einreiseperrn für hochrangige Regimemitglieder und ihre Angehörigen sowie die Aussetzung von bilateralen offiziellen Besuchen auf hoher Ebene und eine Aussetzung der Entwicklungshilfe jenseits dringend benötigter humanitärer Maßnahmen. Gleichzeitig hat die Europäische Union immer betont, einen konstruktiven Dialog und eine entsprechende Unterstützung bei der Entwicklung des Landes auf der Basis entsprechender Fortschritte im Bereich der Menschenrechte sowie der demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen wieder aufnehmen zu wollen.

Der Gemeinsame Standpunkt ist seit seiner 1. Aufsetzung regelmäßig verlängert worden. Zuletzt hat die EU ihre restriktiven Maßnahmen gegenüber Birma/Myanmar am 25. April 2007 verlängert, da das Land keine „greifbaren Fortschritte in Bezug auf den angekündigten Übergang zu einer rechtmäßigen Zivilregierung“ gemacht habe.

Der Ansatz der Europäischen Union, der aus einer Mischung aus gezielten Sanktionen und gleichzeitiger Bereitschaft zum Dialog bzw. zur Unterstützung bei der Entwicklung des Landes besteht, wird grundsätzlich vom Deutschen Bundestag unterstützt. Die ausbleibenden und in der Kürze der Zeit auch nicht zu erwartenden Erfolge dieser Strategie und die Tatsache, dass Birma/Myanmar seit einigen Jahren auf die Unterstützung Indiens, Chinas, Singapurs, Malaysias und neuerdings auch Russlands setzen kann, machen jedoch eine kritische Evaluation der Ergebnisse des Gemeinsamen Standpunktes und gegebenenfalls dessen Anpassung erforderlich.

Das Kernproblem besteht darin, dass auf der einen Seite Sanktionen der Europäischen Union und der USA auf unterschiedlichem Niveau stattfinden, es auf der anderen Seite dem Militärregime gelungen ist, seine Nachbarn ungeachtet der innenpolitischen Lage für die natürlichen Bodenschätze des Landes, insbesondere Gas-, Holz- und Edelmetallvorkommen, zu interessieren. Damit laufen wichtige Teile des europäischen Systems aus Sanktionen und Anreizen ins Leere.

Auf Bundestagsdrucksache 16/5036 hält die Bundesregierung fest, dass die „Sanktionen [...] Wirkung [zeigen], insoweit sie die Unzufriedenheit der EU mit der Regierung von Myanmar verdeutlichen“. Hierzu zählt die Bundesregierung insbesondere Reisebeschränkungen gegen führende Personen des Militärregimes und deren Angehörige. Trotz des Wissens um die somit rein symbolische Wirkung des Gemeinsamen Standpunktes hat die Bundesregierung auf dessen intensive Überprüfung und eine mögliche Anpassung verzichtet. Selbst wenn man zu dem Schluss käme, dass eine weitere Verschärfung der Haltung der Europäischen Union nicht die gewünschten Effekte erzielen kann, sind eine intensivere Befassung mit der Problematik seitens der Bundesregierung und der Europäischen Union und eine Anpassung der Strategie angezeigt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihrer Solidarität gegenüber der erneut unter Hausarrest gestellten Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi Ausdruck zu verleihen und die Regierung Birma/Myanmars zu ihrer Freilassung aufzufordern;
2. bis zur nächsten Verabschiedung eines Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union zu Birma/Myanmar auf eine kritische Evaluation der Ergebnisse der bisherigen Haltung zu drängen und in dem Zusammenhang in Betracht zu ziehen,
 - weitere Personen des Militärregimes, Wirtschaftsvertreter sowie deren Familienangehörige mit Reisebeschränkungen zu belegen,
 - neben privatwirtschaftlich organisierten Betrieben, die der Regierung nahestehen, auch regierungseigene Betriebe auf die Liste derjenigen Unternehmen zu setzen, die keine Kredite aus der Europäischen Union erhalten,
 - staatliche und private Guthaben von Regierungsvertretern und ihnen nahestehenden Personen einzufrieren;
3. gegenüber der Regierung von Birma/Myanmar deutlich zu machen, dass die Achtung der Menschenwürde unabdingbare Voraussetzung für die Zustimmung

mung der Bundesregierung zu einer Lockerung des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union ist, die Bundesregierung bei erkennbaren Fortschritten im Bereich der Menschenrechte hierzu dennoch bereit ist;

4. gegenüber der Regierung von Birma/Myanmar deutlich zu machen, dass sie bereit ist, Birma/Myanmar auf dem Weg rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen zu unterstützen und zu unterstreichen, dass sich diesbezügliche Verbesserungen auch unmittelbar positiv auf die Zusammenarbeit auswirken können;
5. gegenüber den Partnern der ASEAN-Staaten zu verdeutlichen, dass sie mit der Einbindung Birma/Myanmars in die ASEAN-Gemeinschaft die Hoffnung verbindet, dass die ASEAN-Staaten positiv im Sinne eines Prozesses der demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen in Birma/Myanmar einwirken;
6. gegenüber den Partnern in Asien darauf zu drängen, das Militärregime in Birma/Myanmar – bei allen berechtigten Wirtschaftsinteressen – nicht durch weitere Militärhilfen zu unterstützen, sondern stattdessen auf einen Prozess der Aussöhnung und Verständigung zwischen der Regierung und den bewaffneten Gruppen zu drängen;
7. im Rahmen der Vereinten Nationen darauf hinzuweisen, dass die gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedstaaten für eine nach innen wie nach außen friedliche Entwicklung der Staaten dieser Welt auch Birma/Myanmar trotz dessen selbst gewählter Isolation nicht ausschließt;
8. den Deutschen Bundestag vor einer erneuten Verlängerung des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union über ihre Bemühungen zu unterrichten und mit der dargestellten Problematik insgesamt zu befassen.

Berlin, den 12. Juni 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion